

Berlin und wir – Was wir von der Hauptstadt erwarten
Hauptstadt-Rede des Ministerpräsidenten Müller
am 23. Juni 2008, 13.00 Uhr
in der Vertretung des Saarlandes beim Bund

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn die Stiftung „Zukunft Berlin“ die deutschen Ministerpräsidenten auffordert, hier in Berlin Hauptstadreden zu halten, ist das eigentlich alles andere als selbstverständlich. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, dass man in dem dem Saarland benachbarten Frankreich, etwa in Paris, auf die Idee käme, die Regionalpräsidenten aufzufordern, dort Reden über die Rolle der französischen Hauptstadt Paris zu halten. Das wäre in Frankreich gänzlich unvorstellbar. Gleichwohl ist diese Aufforderung an meine Amtskollegen und mich ergangen. Wofür spricht das? Ist das vielleicht ein Indiz dafür, dass zwar Berlin mit großer Selbstverständlichkeit den Anspruch, deutsche Hauptstadt zu sein, formuliert hat? Dass auch die Deutschen mit großer Selbstverständlichkeit Berlin als ihre Hauptstadt angenommen und verinnerlicht haben, dass aber die inhaltliche Ausfüllung dieses Anspruches bisher möglicherweise nicht abschließend gelungen ist? Ist Berlin sich selbst bewusst, was es bedeutet, Hauptstadt zu sein oder stellt es sich der Debatte in dieser Frage? Letzteres scheint der Fall zu sein. Und deshalb glaube ich, ist es ganz gut und ganz spannend, dass auch Ministerpräsidenten sich zu diesem Thema äußern.

Wenn ausgerechnet der saarländische Ministerpräsident zum Thema Hauptstadt Berlin sprechen soll, dann ist das mit erheblichen Risiken verbunden. Diese Risiken haben weniger etwas damit zu tun, dass das Saarland das Bundesland ist, das am weitesten von Berlin entfernt ist. Wenn ich es richtig sehe, ist die Entfernung zwischen keiner Landeshauptstadt und Berlin so groß wie die Entfernung zwischen Saarbrücken und Berlin. Es hat auch weniger damit zu tun, dass die Orientierung des Saarlandes in der Geschichte eher nach Westen als nach Osten ausgerichtet war. Metz war uns immer näher als Mainz. Und Paris ist uns näher als Berlin. Sie können das ohne Weiteres nachvollziehen, wenn Sie den Versuch machen, von Saarbrücken mit dem Zug nach Paris zu fahren, das dauert 1 Stunde 50 Minuten – also ein Fußballspiel plus Verlängerung. Oder wenn Sie den Versuch machen, mit dem Zug nach Berlin zu fahren: Die schnellste Verbindungen braucht 6 Stunden und 25 Minuten.

Aber das begründet immer noch nicht das Risiko. Nein das Risiko liegt in einem anderen Umstand. Ich will ihn gleich ansprechen, weil ich befürchte, dass der heutige Nachmittag wenig vergnüglich wird. Das Risiko ergibt sich aus dem Umstand, dass die Position Berlins, so wie sie von den demokratisch legitimierten Organen dieser Stadt vertreten wird, in zentralen Fragen des Föderalismus, in für das Saarland existentiellen Fragen der Bund-Länder-

Finanzbeziehungen in einer Art und Weise ausgeprägt ist, dass es sehr schwer fällt, unbefangen über die Hauptstadt Berlin zu reden. Ich formuliere es einmal freundlich: Wenn Grundlage der nachfolgenden Rede das Prinzip wäre, „Wie man in den Wald hinein ruft, so schallt es heraus“, müsste ich Ihnen anschließend eine Rede halten, die dazu führt, dass der Veranstalter wahrscheinlich die Beharrlichkeit, mit der Herr Hassemer mich gedrängt hat, diese Rede zu halten, im Nachhinein bedauern würde. Das hat Berlin nicht verdient und das hat der Veranstalter nicht verdient. Deshalb werde ich versuchen, eine rationale und eine freundliche Rede zu halten. Sollte mir dies nicht an jedem Punkt gelingen, bitte ich um Entschuldigung. Halten Sie mir das lutherische Prinzip zugute „Wes das Herz voll ist, des geht der Mund über“.

Dabei gäbe es doch viele Anknüpfungspunkte, die einen gelassenen Dialog in der Frage „Was erwartet das Saarland von Berlin“ möglich machen. Das Saarland ist in seiner Geschichte durchaus mit Berlin verbunden. Der größte Teil des Saarlandes war in der Zeit zwischen Wiener Kongress und erstem Weltkrieg Teil der preußischen Rheinprovinz. Die Preußen waren im Saarland wohl gelitten, sie haben partiell Begeisterung ausgelöst. Ich will das belegen mit einem Zitat. Ein Saarbrücker Pfarrer hat 1915 formuliert: „Besonders der strenge Preußengeist hat auf die Bevölkerung außerordentlich positive Auswirkungen. Sie haben uns Aufmerksamkeit, Genauigkeit, Ordnung, Zucht und Pflichttreue gelernt.“ Es gibt den ein oder anderen Vorgänger im Amt des saarländischen Ministerpräsidenten, der hat dies dann irgendwann als Sekundärtugenden bezeichnet. Das tut nichts zur Sache. Die Bewertung jenes Saarbrücker Pfarrers geht weiter wie folgt: „Aber wie alle Schiffe im Meer eine Kompassrichtung haben, nach der sie sich richten, so haben auch all die trockenen Zahlen und Tabellen eine Orientierung, nämlich die, nach dem Wohl der Bevölkerung. Das ist die königlich-preußische Art, ein Land zu verwalten und zu regieren. Das Wohl der Bevölkerung steht allenthalben im Vordergrund.“ Wer würde heute noch so über seine Regierung formulieren, fragt man sich und kommt zu keinem befriedigenden Ergebnis. Also: es gibt ein Stück wechselseitige Geneigtheit und großen Respekt des Saarlandes zumindest vor den Preußen – und damit vor Berlin.

Es gibt gemeinsame historische Erfahrungen. Dazu zählt die Erfahrung der Abtrennung von den übrigen Teilen Deutschlands. Das haben wir hier in Berlin – in Ostberlin erlebt – das hat das Saarland erlebt. Das Saarland war nach dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg von Deutschland abgetrennt, immer wieder hin und her geworfen zwischen Deutschland und Frankreich. Man kann es illustrieren am Beispiel meines Großvaters. Er hat in seinem ganzen Leben nie den Wohnort gewechselt und hatte gleichwohl fünf verschiedene Pässe. Zunächst denjenigen des Deutschen Reiches, dann den des Völkerbundes, dann den der Nationalsozialisten, dann denjenigen des eigenen Saar-Staates mit eigener Fußballmannschaft, eigener Olympia-Mannschaft – glückliche Zeiten – und sodann den bundesrepublikanischen. Das Saarland ist das älteste der neuen Bundesländer. Hat also genau wie diese Stadt als Kombination aus einem alten und einem neuen Bundesland eine

besondere Stellung. Dass wir ältestes der neuen Bundesländer sind, hat bleibende Spuren hinterlassen. Als das Saarland zum Staatsverband der Bundesrepublik Deutschland hinzukam, war die Präsenz der Bundesbehörden unterschieden. Sie ist bis heute in unserem Land unterdurchschnittlich. Auch war damals der Sitz und der Standort vieler Unternehmenszentralen bereits unterschieden, das bringt bis heute wirtschaftsstrukturell Probleme für das Land mit sich.

Wir Saarländer haben aus der Erfahrung der Wiedervereinigung im Kleinen gewusst, welche Aufgabe die Wiedervereinigung im Großen ist. Die Vorstellung, dass dies ein Prozess ist, der in wenigen Jahren politisch, ökonomisch und mental bewältigt werden kann, haben wir im Saarland jedenfalls nie gehabt. Dass nach wie vor nicht alle Mauern zwischen Ost und West, insbesondere nicht alle mentale Mauern, eingerissen sind, haben wir ja vor wenigen Wochen hier in Berlin gesehen. Bei der Volksabstimmung über die Zukunft des Flughafens Tempelhof gab es sehr unterschiedliche Mehrheiten – je nachdem, ob man sich das Ergebnis in den West- oder in den Ostbezirken der Stadt angeschaut hat. Ich glaube, die Aufgabe der Wiedervereinigung ist nach wie vor eine zentrale Frage für die Bundesrepublik Deutschland und sicherlich eine zentrale Frage für die Zukunft dieser Stadt.

Und damit verbunden ist die gemeinsame Erfahrung der Grenzlage. Wir, das Saarland, wir haben unter dieser Grenzlage gelitten und die Antwort, die sich daraus ergibt und die dann die erste Erwartung an Berlin begründet: Wir wollen aus der nationalen Grenzlage, aus der nationalen Randlage eine europäische Zentrallage machen und deshalb muss Maxime saarländischer Politik immer sein das „Ja“ zu Europa und das „Ja“ zur deutsch-französischen Freundschaft. Auch Berlin hat Grenzerfahrung gemacht. Westberlin, eine Insel im wahrsten Sinne des Wortes über viele Jahre eingemauert, umgeben vom real existierenden Sozialismus, bei dem dann auch ein Saarländer eine gewisse Rolle gespielt hat. Zurzeit versucht ein anderer Saarländer, in seine Nachfolge einzutreten. Aber sicherlich ist diese Grenzerfahrung etwas, was ein Stück weit die Identität Berlins und die Erwartungen an Berlin bestimmt. Deshalb: Was erwartet das Saarland von seiner Hauptstadt?

Hauptstadt, das muss mehr sein als ein Regierungssitz. Aus meiner Sicht – ich denke aus saarländischer Sicht – gibt es insbesondere vier Erwartungen, die ich ansprechen möchte.

1. Wir erwarten, dass Berlin eine Hauptstadt ist, die sich in besonderer Weise der europäischen Sache verdient macht.
2. Wir erwarten, dass Berlin eine in besonderer Weise föderale Hauptstadt ist.
3. Wir erwarten, dass Berlin natürlich als Hauptstadt ein kulturelles und wirtschaftliches Zentrum dieses Landes ist und
4. Wir erwarten, dass Berlin zur Bildung der nationalen Identität beiträgt.

Deshalb erlauben Sie mir zu diesen vier Aspekten einige wenige Bemerkungen.

1.

Europäische Hauptstadt. Aufgrund seiner Lage, auf Grund seiner Geschichte ist Berlin sicherlich in besonderer Weise prädestiniert, Brücke zwischen Ost und West in Europa zu sein. Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten hat viele Perspektiven für diese Stadt mit sich gebracht. Es ist eine Herausforderung für diese Stadt. Ich glaube, dass diese Stadt sich verdient macht, wenn sie sich dieser Herausforderung stellt. Möglicherweise ist die Stadt gut beraten, wenn sie es tut in dem Bewusstsein, dass ihre Aufgabe darin besteht, Brücken zwischen Ost und West zu bauen, dass aber der Pfeiler, auf dem diese Brücke ruht, im Westen steht. Und deshalb glaube ich, dass auch in und aus Berlin der Blick nicht nur nach Osten gerichtet sein sollte, sondern ebenso nach Westen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin ist zurzeit deutsch-französischer Kulturbeauftragter. Dieses Amt hat er von mir übernommen. Ich glaube, das passt auch zu den insbesondere hugenottischen Traditionen dieser Stadt. Also, die Befestigung der Westbindung – das Bekenntnis zur Verankerung im Westen – sollte Grundlage dafür sein, dass Berlin seine Brückenfunktion wahrnimmt.

Wird Berlin dieser europäischen Herausforderung gerecht? Sie sehen es mir nach, wenn ich aus meinem Herzen keine Mördergrube mache. Wir haben vor einigen Tagen im Deutschen Bundesrat – genauso wie zuvor der Deutsche Bundestag – über die Frage zu entscheiden gehabt, ob der Lissabon-Vertrag zustimmungsfähig ist oder nicht. So wie die übergroße Mehrheit des Deutschen Bundestages – mit Ausnahme der Linkspartei – waren 15 von 16 Bundesländer der Auffassung, dass dieser Vertrag ein richtiger Schritt zur Vertiefung der europäischen Integration ist. Auch und gerade aus der Sicht der deutschen Länder hat sich dieser Schluss geradezu aufgedrängt. Bringt doch der Vertrag von Lissabon deutliche Verbesserungen der Position der Länder auf europäischer Ebene mit der Festschreibung des Subsidiaritätsprinzips, mit der Einrichtung eines Frühwarnsystems, mit der Gewährung eines eigenen Klagerechtes der Länder über den Bundesrat. Es gab ein Bundesland, das hat diesem Vertrag nicht zugestimmt – das war das Bundesland Berlin. Ich habe dann im Nachhinein gehört, es sei ja nicht wichtig gewesen, denn die Mehrheit sei ja zustande gekommen, unabhängig davon, wie Berlin sich positioniert. Ich will Ihnen in aller Offenheit sagen. Ich hätte mir gewünscht, dass eine Stadt, der im Zuge der europäischen Entwicklung eine besondere Bedeutung zukommt, an dieser Stelle auch ein klares Zeichen für Europa setzt, und deshalb habe ich diese Entscheidung bedauert.

2.

Wir erwarten, dass Berlin eine föderale Hauptstadt ist. Es gibt ja die Diskussion, ob es eigentlich gut und richtig ist, dass Berlin nicht nur Bundeshauptstadt, sondern auch Bundesland ist. Manche sagen, dieses sei ein Nachteil. Ich widerspreche. Ich glaube, dass dies eine Chance für Berlin ist.

Warum? Zunächst einmal haben Sie vor sich einen überzeugten Föderalisten. Ich bin fest davon überzeugt, dass auch das Europa der Zukunft ein Europa der Regionen sein wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass bei sinnvoller Anwendung des Subsidiaritätsprinzips Regionen und damit Bundesländer in der Lage sind, eine Vielzahl an Innovationsprozessen schneller durchzusetzen als dies im gesamtstaatlichen Kontext möglich ist. Föderalismus ist Chance zum Experiment, und wir haben in vielen Bereichen gesehen, dass diese Chance genutzt wird und dass auf der Basis des best-practice-Vergleichs Innovationen stattgefunden haben, die nicht stattgefunden hätten, wenn bundeseinheitliche Regelungen hätten abgewartet werden müssen. Das gilt sogar für den in der Debatte ja besonders umstrittenen Bereich der Bildungspolitik.

Ich erlebe, dass im Moment wieder eine Diskussion stattfindet, die Zuständigkeiten des Bundes im Bereich der Bildungspolitik auszuweiten. Die Bundesrepublik wird zur Bildungsrepublik. Demnächst findet ein Bildungsgipfel der Länder gemeinsam mit dem Bund unter Beteiligung der Bundeskanzlerin statt. Glaubt denn ernsthaft jemand, dass die Entwicklung der Berufsakademien so schnell stattgefunden hätte, wenn es nicht Länder gegeben hätte, die vorangeschritten sind. Glaubt denn ernsthaft jemand, die nach meiner Überzeugung richtige Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten hätte stattgefunden, wenn es bundeseinheitlich hätte geregelt werden müssen? Glaubt denn ernsthaft jemand, dass wir zu Lösungen im Vorschulbereich gekommen wären, etwa was zusätzliche Maßnahmen zur Verhinderung von Kindesmisshandlung und Kindesmissbrauch anbetrifft, wenn es nicht Länder gegeben hätte, die einfach vorangeschritten sind?

Wir haben in unserem Bildungssystem unterschiedliche Aufgaben und Herausforderungen. Lassen Sie mich eine Petitesse nennen. Bedingt durch den – wie ich meine richtigen politischen Ansatz, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern - reden wir zunehmend über zusätzliche Möglichkeiten ganztätiger Betreuungen nicht nur in unseren Kindergärten, sondern auch in unseren Schulen. Element einer derartigen Betreuung muss natürlich auch ein vernünftiges Mittagessen sein. Wir haben bundesrechtliche Regelungen, die so ausgestaltet sind, dass Kinder aus Hartz-IV-Familien nicht in der Lage sind, an derartigen Mittagessen teilzunehmen, weil die zugrunde gelegten Sätze zu niedrig sind. Die Länder haben es geregelt. Einige zumindest. Ich weiß nicht, wie es in allen ist. Bei uns jedenfalls ist es geregelt. Wir haben nicht gewartet, bis der Zentralstaat reagiert. Wer jemals mit zentralstaatlichen Bürokratien, etwa im von mir besonders geschätzten Frankreich zu tun hatte, weiß, dass die Vorstellung Zentralstaatlichkeit heißt schnellere Entscheidungswege, konsequentere Umsetzungen von Entscheidungen völlig falsch ist. Deshalb glaube ich, dass das föderale Prinzip das bei uns Degenerationserscheinungen ausgesetzt ist, das an vielen Stellen verändert und verbessert werden muss, ein unverändert gültiges und richtiges ist. Und deshalb wünsche ich mir, dass Berlin als Bundeshauptstadt und Bundesland in diesem Prozess der Stärkung des Föderalismus eine aktive und konstruktive Rolle wahrnimmt.

Heute werden die beiden Vorsitzenden der Föderalismuskommission, Ministerpräsident Guenther Oettinger und der Fraktionsvorsitzende der SPD Bundestagsfraktion, Peter Struck, ihre Eckpunkte zur Föderalismusreform II vor-

stellen. Sie beschäftigt sich mit den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Ziel ist es, erstens den Marsch in den Schuldenstaat zu stoppen – ich halte das für notwendig bei einer Gesamtverschuldung der öffentlichen Hände von 1,5 Billionen Euro. Zweitens aber auch ein System zu erreichen, bei dem alle Glieder der bündischen Gemeinschaft, der Bund und die 16 Länder eine aufgabenadäquate Finanzausstattung haben. Föderaler Wettbewerb ist nur möglich, wenn alle am Start die gleichen Chancen haben. Und deshalb gehören zu allen föderalen Systemen, die wir kennen, unterschiedlich ausgestaltete Finanzausgleichssysteme.

Das ist ein Stück weit selbstverständlich und davon hat kein Land so profitiert wie Berlin. Auch das arme Saarland hat zur Organisation dieser Solidarität beigetragen. Wenn ich die Leistungen des Saarlandes für die Gesamtdauer des Solidarpaktes addiere, kommen wir auf einen Betrag von 4 Mrd. Euro. Das ist fast die Hälfte des Schuldenstandes des von mir vertretenen Bundeslandes. Wir üben diese Solidarität gern, weil wir wissen, dass die neuen Länder, weil wir wissen, dass diese ehemals geteilte Stadt vor besonderen Herausforderungen stehen, die besondere Anstrengungen rechtfertigen. Aber wir erwarten natürlich, dass im Zuge der Reform des Föderalismus auch andere Bedarfe genauso anerkannt werden, wie wir bereit waren, unsererseits Bedarfe anzuerkennen. Wir erwarten, dass diese Debatte redlich geführt wird und mit Verlaub – davon sind wir weit entfernt.

Bei der Diskussion der Föderalismusreform II hatten alle Bundesländer eine Erklärung abzugeben, bis wann sie ausgeglichene Haushalte darstellen können. Es gab drei Bundesländer, die erklärt haben, sie können das nicht. Bremen, Schleswig-Holstein und das Saarland. Es war dann eine Diskussion zu führen und es ist eine Diskussion zu führen: wie geht man mit diesem Phänomen um? Uns nutzen verschärfte Regelungen der Neuverschuldung nichts, wenn einzelne Glieder der bündischen Gemeinschaft nicht in der Lage sind, die jetzt bereits sehr viel weicheren Regelungen einzuhalten. Und dass dies eine unverschuldete Situation ist, hat zumindest mit Blick auf Bremen und das Saarland das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1993 festgestellt.

Wie ist die Positionierung Berlins in dieser Debatte? Berlin, das Bundesland, das stärker als andere von der bündischen Solidarität profitiert, hat den Anspruch auf Solidarität dieser Länder uneingeschränkt zurückgewiesen. Ein Berliner Finanzsenator, Namen tun nichts zur Sache, hat darauf verwiesen, dass Berlin ja vorgemacht habe, wie man sich aus einer Haushaltsnotlage befreit. Berlin habe ja vorgemacht, wie man den Weg zu ausgeglichenen Haushalten gehen könne. Deshalb sollten sich mein Bundesland, Bremen und Schleswig-Holstein an Berlin ein Beispiel nehmen, dann sei dieses Problem ausgeglichener Haushalte in diesen drei Ländern befriedigend gelöst.

Wie ist die Wahrheit? Die Wahrheit ist, Berlin kann zurzeit deshalb ausgeglichene Haushalte darstellen, weil 30% des Berliner Haushaltes durch solidarische Leistungen des Bundes und der Ländergemeinschaft fremd finanziert sind. Jährlich 5,8 Mrd., die in den Berliner Haushalt hineinfließen. Leistungen für das Saarland aus dem Länderfinanzausgleich gerade einmal 250 Mio. Euro. Mathematisch gesehen erhält Berlin das 23-fache dessen, was das Saarland erhält. 30% Fremdfinanzierungsquote des Haushaltes, nur 70% des

Haushaltes müssen aus eigener Kraft dargestellt werden. Fremdfinanzierungsquote saarländischer Haushalt dagegen 6%, 94% des Haushaltes müssen aus eigener Kraft dargestellt werden. Verfügbare Einnahmen pro Kopf in Berlin 3.580 Euro, im Saarland um die Hälfte weniger 2.380 Euro.

Und deshalb will ich Ihnen in aller Offenheit sagen, fällt es mir schwer, das Verhalten Berlins als solidarisch zu bezeichnen. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Das scheint noch nicht überall in dieser Stadt angekommen zu sein. Es ergänzt sich mit anderen Darstellungen, die möglicherweise geeignet sind, die Basis solidarischen Handelns zu beeinträchtigen. Da wird dann argumentiert mit der Primärausgabenentwicklung. Besagter Finanzsenator erklärt, man solle sich ein Beispiel nehmen an der Primärausgabenentwicklung Berlins und das auf andere Länder übertragen. Die Schaubilder, die dann gezeigt werden, da werden ja immer wieder Schaubilder gezeigt, beginnen im Jahr 2001.

2001 gab es eine Sonderzuweisung aus dem Berliner Haushalt an die Berliner Landesbank von 1,8 Mrd. Das musste in den nachfolgenden Jahren nicht mehr geleistet werden. Damit kriegen sie natürlich schöne Prozentzahlen.

Damit mag man ja vielleicht die eine oder andere Redaktion großer deutscher Talkshows beeindrucken. In Wahrheit ist es durchsichtig. In Wahrheit ist es ein Beitrag zur Vernichtung von Solidarität. Berlin leistet sich nach wie vor ein deutlich überdurchschnittliches Ausgabenniveau. Gestaltbare Ausgaben pro Kopf 4.743 Euro pro Jahr, Saarland 3.018 Euro. Also Berlin 57% höher als das Saarland. Nun gibt es spezifische Belastungen, die aus der Hauptstadtrolle sich ergeben, aber damit ist diese Differenz nicht erklärbar.

Und mit Verlaub – wenn wir denn schon in der Notwendigkeit sind, uns all diese Belehrungen anhören zu müssen, Berlin erfährt Solidarität und hält sich noch nicht einmal an die Vereinbarungen, die begleitend getroffen worden sind. Die Solidarpaktmittel haben eine Zweckbestimmung. Sie sollen investiv eingesetzt werden. In den vergangenen Jahren ist dies nicht geschehen. Zu weit überwiegenden Teilen sind diese Mittel konsumtiv eingesetzt worden. Deshalb bin ich heute auch hierher gekommen, I am sorry, um darum zu bitten, dass Berlin seine Rolle und seine Positionierung in der föderalen Debatte überlegt.

Berlin ist die Bundeshauptstadt. Aber der Bund wird gebildet von den Ländern. Deshalb sollte Berlin auch die Hauptstadt der Bundesländer sein und entsprechend offensiv und konstruktiv Positionen eines fairen wettbewerbsfähigen Föderalismus vertreten. Ich erwarte mir, dass Berlin sich Zentralisierungstendenzen widersetzt. Es hat mich nachdenklich gemacht, dass Berlin in der Diskussion der Föderalismusreform das einzige Bundesland war, das nahezu uneingeschränkt bereit war, die Forderung des Bundes zu erfüllen, die Steuerverwaltung der Länder abzuschaffen und durch eine Bundessteuerverwaltung zu ersetzen. Also: Ja zum Föderalismus. Föderalismus ist Zukunft. Ich denke, auch das ist eine Erwartung – und wenn ich sie hier nicht artikuliert hätte, ein Stück weit den Vorwurf gerechtfertigt hätte, nicht das gesagt zu haben, was einen wirklich bewegt. Ein Stück Umkehr – es mag sein, dass es da Probleme gibt sie zu organisieren. Ich weiß, dass die bisherigen Linien dieser Stadt natürlich auch mit Personen verbunden sind. Nun habe ich aber gehört, dass eine Person, die diese Debatte wesentlich geprägt hat, erklärt hat, sie sei

bereit, jederzeit einen Job anzunehmen, der ein Einkommen von netto 5,00 Euro in der Stunde einbringt. Wenn das die Hürde ist, die zu überwinden ist, dann glaube ich, ist das Saarland in der Lage, dem Herrn ein Angebot zu machen für einen solchen Job. 5,00 Euro netto in der Stunde, 40 € am Tag, das kriegen wir hin. Wenn es dem gesamtstaatlichen Interesse dient, sind wir bereit, auch diese Last noch zu übernehmen.

3.

Neben der Erwartung, eine pro-aktive Rolle bei der Gestaltung des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen, muss diese Hauptstadt, unsere Hauptstadt natürlich wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der Bundesrepublik Deutschland sein. Sie wird es nicht so stark sein können wie in zentralstaatlichen Organisationen. Auch hier der Vergleich zu Paris. Im Großraum Paris wohnen 20% der französischen Bevölkerung. Es wird ein Drittel des Brutto-Inlandsproduktes Frankreichs erwirtschaftet. 40% aller Dienstleistungen im Finanzsektor finden in Paris statt. Ein solches Maß an Konzentration wird es in einem föderalen Staat nicht geben können. Und doch ist vollkommen klar: Die Bundesrepublik Deutschland wird nur strahlen können, wenn auch die Hauptstadt strahlt. Die Strahlkraft Berlins ist unmittelbar mit der Strahlkraft der Bundesrepublik Deutschland verbunden. Sicherlich lohnt es darüber nachzudenken, ob auch insoweit alle Chancen, alle Möglichkeiten genutzt worden sind. Vor einiger Zeit ist eine Untersuchung der OECD erschienen. Dort wurden 284 Regionen in 27 Ländern verglichen. Mit Blick auf das Wirtschaftswachstum war der Platz Berlins wenig schmeichelhaft. Seit 2000 hat mein Bundesland ein nominales Wachstum von 21% erzielt, Berlin 6,6%. Real entspricht dies im Übrigen einem Minus von 3,1%. Die Arbeitslosenquote von 14% ist etwa das Doppelte dessen, was zurzeit die Arbeitslosenquote im Saarland ist. Ich glaube, da ist ein Stück auch gemeinsame Verantwortung, diese Situation zu verändern.

Berlin – das muss ein Zentrum der Innovation in Deutschland sein und zwar Innovation im umfassenden Sinn. Innovation ist mehr als Invention, ist mehr als Entwicklung neuer Ideen und Erkenntnisse. Innovation ist die wirtschaftlich erfolgreiche Umsetzung neuer Ideen und Erkenntnisse. Berlin als Innovationsmotor in Deutschland. Ich glaube, auch das wäre eine interessante und attraktive Facette dieser Bundeshauptstadt.

Und selbstverständlich Berlin als kulturelles Zentrum. Auch dies nicht mit einem Monopolanspruch. Natürlich wird Berlin als kulturelles Zentrum nicht die herausgehobene Position haben wie sie Paris in Frankreich hat. Ist das eigentlich von Nachteil? Wo liegt die kulturelle Vielfalt, die Vielfalt der Museen, der Theater, der Orchester von Weltrang in der Bundesrepublik Deutschland? Sie ist gerade eine Frucht des Föderalismus. Ergänzt es sich nicht – wie ich finde – in hervorragender Weise zu sagen: Wir wollen die kulturelle Metropole. Berlin aber soll nicht die einzige kulturelle Metropole in unserem Land sein.

4.

Berlin ist natürlich auch der Ort der Erinnerungskultur in unserem Land. An keinem anderen Ort in Deutschland sind die Zeugnisse der einzelnen Epochen

der deutschen Geschichte, der glanzvollen genauso wie der dunklen Epochen der deutschen Geschichte so präsent wie in dieser Stadt. Deshalb glaube ich schon, dass gerade in diesem Bereich, Berlin eine besondere Aufgabe als Hauptstadt hat und damit einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der deutschen, der nationalen Identität leisten kann. Mehr als jeder andere Ort in Deutschland.

Damit im unmittelbaren Zusammenhang steht Berlin als Symbol der Freiheit. Morgen vor 60 Jahren hat die Blockade in dieser Stadt begonnen. In 3 Tagen vor 60 Jahren wurde die Luftbrücke aufgenommen. Ich glaube, auch das sind Ereignisse, die nicht nur mit dieser Stadt, sondern die mit diesem Land verbunden sind. Es steht mir nicht an, besserwisserische Belehrungen zu erteilen, aber ich frage mich schon, ob nicht gerade vor diesem historischen Hintergrund die Frage was geschieht mit einem Ort wie dem Flughafen Tempelhof überdacht werden muss.

Also, sicherlich eine Vielzahl von Erwartungen an diese wunderbare Stadt. Ich glaube, diejenigen, die als Ministerpräsidenten vor mir gesprochen haben und diejenigen, die nach mir sprechen werden, sie sind in einem geeint: Sie mögen diese Stadt. Sie wissen, dass die Entwicklung dieses Landes und der Entwicklung dieser Stadt nicht unabhängig voneinander sind.

Berlin ist die Hauptstadt aller Deutschen. Sie hat Freunde – überall. Und deshalb wäre es schön, wenn es diese Stadt ihren Freunden nicht so schwer machen würde, diese Freundschaft zu leben. Meine Erwartung an diese Stadt ist: Machen Sie es uns leichter, ein wirklicher Freund Berlins sein zu können. Das hat Berlin allemal verdient. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.